

## **NDB-online Artikel**

**Huber, Ernst Rudolf**

Pseudonyme: Cassius; Walter Esch; K. Fehling; Friedrich Landeck; Friedrich Schreyer; Lothar Veeck; Manfred Wild

1903 – 1990

Jurist, Rechtswissenschaftler, Verfassungshistoriker

Ernst Rudolf Huber war ein bedeutender Staatsrechtler und Verfassungshistoriker. Der Schüler Carl Schmitts (1888–1985) hatte nach 1933 Professuren in Kiel, Leipzig und Straßburg inne und verfasste das führende Lehrbuch zum NS-Staatsrecht. Politisch belastet, erhielt er erst 1957 erneut eine Professur. Seine „Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789“ (8 Bde., 1957–1991) gilt als grundlegendes Werk.

Geboren am 8. Juni 1903 in Oberstein an der Nahe (heute Idar-Oberstein)  
Gestorben am 28. Oktober 1990 in Freiburg im Breisgau  
Grabstätte Friedhof Zähringen in Freiburg im Breisgau  
Konfession evangelisch-lutherisch

### **Tabellarischer Lebenslauf**

1909 1912 Schulbesuch Volksschule Oberstein an der Nahe (heute Idar-Oberstein)  
1912 1921 Schulbesuch (Abschluss: Abitur) Städtische Oberrealschule Oberstein  
1921 1922 Studium der Geschichte, Philosophie und Literaturwissenschaften Universität Tübingen  
1922 1924 Studium der Nationalökonomie, dann Rechtswissenschaften (Abschluss: Erstes juristisches Staatsexamen) Universität München; Bonn  
1926 1930 Referendar Amtsgericht; Regierungspräsidium; Landgerichte; Oberlandesgericht Oberstein; Birkenfeld an der Nahe; Koblenz; Bonn; Köln  
1927 Promotion (Dr. iur.) Universität Bonn  
1928 1931 wissenschaftlicher Assistent Industrierechtliches Seminar der Universität Bonn  
1930 Zweites juristisches Staatsexamen; Beamter auf Widerruf, oldenburgischer Regierungsassessor Oberlandesgericht Oldenburg  
1931 1933 Habilitation für Wirtschaftsverwaltungsrecht; Privatdozent für Staats- und Verwaltungsrecht, Staatskirchenrecht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht Juristisches Seminar der Universität; Kirchenrechtliches Seminar der Universität Bonn  
1.5.1933 1945 Mitglied NSDAP

1933 1937 Lehrstuhlvertreter für Öffentliches Recht; ordentlicher Professor für Öffentliches Recht einschließlich Wirtschaftsrecht und Arbeitsrecht (1934–1936 Senatsmitglied und Dekan) Universität Kiel  
1937 1941 ordentlicher Professor für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht und Verfassungsgeschichte (Mitdirektor; 1939–1941 Dekan) Juristisches Seminar und Institut für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht der Universität Leipzig  
1941 1944 ordentlicher Professor für Staatsrecht Reichsuniversität Straßburg (Elsass, heute Strasbourg, Frankreich)  
1944 Übersiedlung der Familie Falkau (heute Feldberg-Falkau im Schwarzwald)  
1944 1945 Flucht; Lehrbeauftragter Universität Heidelberg  
1945 Übersiedlung Falkau  
1948? 1952 Mitarbeiter Archiv des öffentlichen Rechts Falkau; Freiburg im Breisgau  
1946 1950 Entnazifizierung; 1948 Einstufung als „Mitläufer“; 1950 Wiederaufnahme und Einstellung des Verfahrens Spruchkammer Südbaden Freiburg im Breisgau  
1949 Übersiedlung Freiburg im Breisgau  
1952 1957 Lehrbeauftragter für Verfassungsgeschichte, später auch Wirtschaftsrecht, 1956 Honorarprofessor für Staatsrecht Universität Freiburg im Breisgau  
1957 1968 ordentlicher Professor für Öffentliches Recht Hochschule für Sozialwissenschaften; Universität Wilhelmshaven; seit 1962 Göttingen

## Genealogie

Vater ' **August Rudolf Huber**' 1868–1934 Kaufmann in Oberstein (heute Idar-Oberstein, Rheinland-Pfalz)

Großvater väterlicherseits Ludwig **Ernst Huber** 1837–1909

Großmutter väterlicherseits **Bertha Huber**, geb. Schleich 1846–1931

Mutter **Helene Huber**, geb. Wild 1874–1955

Großvater mütterlicherseits Carl **Ernst Wild** 1841–1908

Großmutter mütterlicherseits **Ida Luise Wild**, geb. Veeck 1845–1926

Schwester **Elisabeth Huber** 1901–1907

Bruder **Otto Huber** 1905–1987

Bruder **Max Huber** 1908–1944

Bruder **Heinz Huber** 1914–1945

Heirat 1933 in Berlin

Ehefrau Gertrud Nora (**Tula**) **Huber-Simons** , geb. Simons 1905–2000

Juristin; Dr. iur.; wissenschaftliche Assistentin bei Carl Schmitt (1888–1985);

Rechtsanwältin in Freiburg im Breisgau

Schwiegervater **Walter Simons** 1861–1937 Jurist; Präsident des

Reichsgerichts; Reichsaußenminister

Schwiegermutter **Erna Simons**, geb. Rühle 1870–1954

Sohn **Konrad Huber** 1934–2006 Dr. iur.; Rechtsanwalt in Freiburg im Breisgau

Sohn **Ulrich Huber** 1936–2023 Dr. jur.; Professor für Zivilrecht an der Universität Bonn

Sohn **Albrecht Huber** geb. 1938 Dr. rer. nat.; Physiker; Privatdozent an der Universität Kiel

Sohn **Gerhard Huber** geb. 1939 Dr. iur.; Syndikusanwalt in Ingelheim am Rhein

Sohn **Wolfgang Huber** geb. 1942 D. theol.; Professor für evangelische Theologie; 1994–2009 Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg bzw. seit 2004 der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; 2003–2009 Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland

Huber wuchs in ländlichen Verhältnissen in Oberstein an der Nahe auf, wo er die Schule besuchte und 1921 mit dem Abitur beendete. Er schloss sich der Jugendbewegung an und war 1919 Gründungsmitglied des völkisch ausgerichteten Nerother Wandervogels. Seit 1921 studierte er Geschichte, Philosophie und Literaturwissenschaften an der Universität Tübingen und wechselte 1922 zum Studium der Nationalökonomie, dann der Rechtswissenschaften an die Universität München, 1924 nach Bonn. Hier besuchte er Veranstaltungen bei Erich Kaufmann (1880–1972) und wurde 1927 bei Carl Schmitt (1888–1985) mit einer Arbeit über „Die Gewährleistung der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer Verfassung“ zum Dr. iur. promoviert. Ende der 1920er Jahre gehörte Huber zu einem Kreis nationalkonservativer junger Juristen, die die Weimarer Republik ablehnten und einen Systemwechsel befürworteten, darunter Ernst Forsthoff (1902–1974), mit dem er lebenslang verbunden blieb.

Huber war seit 1928 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Bonn bei dem Wirtschaftsrechtler Heinrich Göppert (1867–1937), bei dem er sich 1931 für Wirtschaftsverwaltungsrecht habilitierte, das er sich in dieser Zeit neben dem Staatsrecht als zweites Forschungsgebiet erschloss. Ende 1932 zählte er zu Schmitts Beraterkreis beim Prozess Preußens gegen das Reich vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Im Mai 1933 erhielt er den Lehrstuhl für Öffentliches Recht des emigrierten Walter Schücking (1875–1935) an der Universität Kiel; am 1.5.1933 trat er in die NSDAP ein.

Huber wurde neben Karl Larenz (1903–1993), Paul Ritterbusch (1900–1945), Friedrich Schaffstein (1905–2001) und Franz Wieacker (1908–1994) zur sog. Kieler Schule gezählt, die für eine Umgestaltung des gesamten Rechtswesens im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie eintrat. Er war seit 1934 Hauptherausgeber der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“ und wirkte an der Neugestaltung der juristischen Studienordnung von 1935 mit. 1937 wechselte er an die renommierte Leipziger Juristenfakultät auf den Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Völkerrecht, Arbeits- und Wirtschaftsrecht und Verfassungsgeschichte. Im selben Jahr erschien sein Werk „Verfassung“, das als maßgebliches Handbuch des NS-Staatsrechts galt und nach dem „Anschluss“ Österreichs 1939 in zweiter Auflage als Staatsrecht des Großdeutschen Reiches erheblich erweitert neu aufgelegt wurde. Hierin wurden Konzentrationslager für NS-Gegner und „sonderrechtliche“ Regelungen gegen Juden zwar erwähnt, jedoch ohne expliziten Antisemitismus.

1941 wurde Huber an die neu gegründete Reichsuniversität Straßburg (Elsass, heute Strasbourg, Frankreich) berufen. Hier engagierte er sich für den „Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften“ und war maßgeblicher Organisator

der Straßburger Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät. Wegen des Vorrückens der Alliierten zog Hubers Familie im Sommer 1944 in das Haus des befreundeten Historikers Hermann Heimpel (1901–1988) nach Falkau (heute Feldberg-Falkau) im Hochschwarzwald. Im November 1944 floh auch Huber selbst aus dem Elsass und wurde auf Vermittlung Forsthoffs für das Wintersemester 1944/45 Vertretungsprofessor an der Universität Heidelberg.

Seit Ende des Wintersemesters lebte Huber arbeitslos in Falkau. Das wirtschaftliche Überleben sicherte seine Ehefrau, die ab 1949 als Rechtsanwältin in Freiburg im Breisgau arbeitete. Der NS-belastete, 1948 als „Mitläufer“ entnazifizierte Huber übte Redaktionstätigkeiten beim „Archiv des öffentlichen Rechts“ aus und veröffentlichte 1949 anonym einen ersten Band von „Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit“. In Freiburg im Breisgau erhielt er 1952 einen Lehrauftrag für Verfassungsgeschichte und 1956 eine Honorarprofessur. Die Widerstände gegen den führenden Staatsrechtler der NS-Zeit waren groß und verhinderten lange Zeit eine Berufung an eine Universität ebenso wie seine erst 1955 erfolgte Aufnahme in die Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer, wo v. a. Wolfgang Abendroth (1906–1985), Hermann Brill (1895–1959), Hans Nawiasky (1880–1961) und Hans Peters (1896–1966) zu den insgesamt 17 Gegnern seiner Aufnahme in die Vereinigung zählten. 1957 erfolgte der Ruf auf eine Professur für Öffentliches Recht an die Hochschule für Sozialwissenschaften in Wilhelmshaven. Als diese 1962 geschlossen und in die Universität Göttingen überführt wurde, lehrte Huber hier bis zu seiner Emeritierung 1968 Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät.

Huber war einer der wichtigsten Staatsrechtler der NS-Zeit, der zentrale Veröffentlichungen zum Staatsaufbau und zu den Rechten der „Volksgenossen“ vorlegte. Zudem besaß er wissenschaftspolitisch enormen Einfluss. Um 1940 verlegte er seinen Forschungsschwerpunkt auf die Verfassungs- und die Ideengeschichte. Nach 1945 knüpfte er an seine Habilitationsschrift zum Wirtschaftsverwaltungsrecht von 1932 an, die, nun angepasst an die neuen rechtlichen Gegebenheiten, erweitert in zwei Bänden 1953/54 erschien, und war als Gutachter im Wirtschaftsrecht aktiv.

Seit Mitte der 1950er Jahre konzentrierte er sich auf sein Hauptwerk, die „Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789“ (7 Bde., 1957–1984, Bd. 8 Registerbd. 1991), die Huber bis 1933 fortführte und mit drei begleitenden Quellenbänden 1966 abschloss (<sup>3</sup>1990 in 4 Bdn., Registerbd. 1997). Mit seinem Sohn Wolfgang Huber (geb. 1942) publizierte er fünf Quellenbände zum deutschen Staatskirchenrecht (1973–1995). Hubers „Deutsche Verfassungsgeschichte“ legt einen weiten Verfassungsbegriff zugrunde, stellt neben der politischen zugleich eine Bildungs- und Kirchenverfassungsgeschichte dar und gilt allein wegen ihrer Materialfülle als Standardwerk. Kritik erfuhr sie als eine klassische, stark auf Preußen ausgerichtete und ahistorisch-juristisch urteilende Geschichtsschreibung.

Über seine NS-Vergangenheit äußerte Huber sich nicht öffentlich. Seine wenigen Doktoranden strebten keine Lehrstühle an.

## **Auszeichnungen**

1942 Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse

1955 Mitglied der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer

1966 Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Göttingen

1977 Mitglied der Vereinigung für Verfassungsgeschichte

## **Quellen**

### **Nachlass:**

Bundesarchiv, Koblenz, N 1505. (weiterführende Informationen)

### **Weitere Archivmaterialien:**

Bundesarchiv, Koblenz, Nachlass Ernst Friesenhahn. (Korrespondenz)

Landesarchiv NRW, Abt. Rheinland, Duisburg, Nachlass Carl Schmitt.  
(Korrespondenz)

Universitätsbibliothek Göttingen, Nachlass Rudolf Smend. (Korrespondenz)

## **Werke**

### **Monografien und Aufsatzsammlungen:**

Die Gewährleistung der kirchlichen Vermögensrechte in der Weimarer  
Verfassung, 1927. (Diss. iur.)

Verträge zwischen Staat und Kirche im Deutschen Reich, 1930.

Das Deutsche Reich als Wirtschaftsstaat, 1931.

Reichsgewalt und Staatsgerichtshof, 1932.

Wirtschaftsverwaltungsrecht. Institutionen des öffentlichen Arbeits- und  
Unternehmensrechts, 1932 (Habilitationsschrift), 2. Aufl. in 2 Bdn. u. d. T.  
Wirtschafts-Verwaltungsrecht, 1953/54.

Die Gestalt des deutschen Sozialismus, 1934.

Vom Sinn der Verfassung, 1935.

Wesen und Inhalt der politischen Verfassung, 1935.

Friedrich Christoph Dahlmann und die deutsche Verfassungsbewegung, 1937.

Verfassung, 1937, 2., stark erw. Aufl. u. d. T. Verfassungsrecht des  
Großdeutschen Reiches, 1939.

Heer und Staat in der deutschen Geschichte, 1938, <sup>2</sup>1943.

Verfassungskrisen des Zweiten Reiches, 1940.

Bau und Gefüge des Reiches, 1941.

Der Kampf um die Führung im Weltkrieg, 1941.

Aufstieg und Entfaltung des deutschen Volksbewußtseins, 1942.

Goethe und der Staat, 1944.

Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, 7 Bde., 1957–1984, Bd. 8 Registerbd. 1991, Bd. 1 <sup>2</sup>1967, Nachdr. 1995, Bd. 2 <sup>3</sup>1988, Bd. 3 <sup>3</sup>1988, Bd. 4 <sup>2</sup>1982, Nachdr. 1994, Bd. 5 Nachdr. 1992, Bd. 6 Nachdr. 1993.

Nationalstaat und Verfassungsstaat. Studien zur Geschichte der modernen Staatsidee, 1965.

Bewahrung und Wandlung. Studien zur deutschen Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, 1975.

### **Aufsätze:**

Bedeutungswandel der Grundrechte, in: Archiv des öffentlichen Rechts, N. F. 23 (1932/33), S. 1–98.

Die Einheit der Staatsgewalt, in: Deutsche Juristen-Zeitung 39 (1934), Sp. 950–960.

Das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 95 (1935), S. 202–229.

Das Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935, in: Deutsche Juristen-Zeitung 40 (1935), Sp. 257–264.

Die Rechtsstellung des Volksgenossen. Erläutert am Beispiel der Eigentumsordnung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 96 (1936), S. 438–474.

Neue Grundbegriffe des hoheitlichen Rechts, in: Karl Larenz (Hg.), Grundfragen der neuen Rechtswissenschaft, 1935, S. 143–188.

Die deutsche Staatswissenschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 95 (1935), S. 1–65.

Die Rechtsgestalt der NSDAP, in: Deutsche Rechtswissenschaft 4 (1939), S. 314–351.

Der Volksgedanke in der Revolution von 1848, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 99 (1939), S. 393–439, Wiederabdr. in: Paul Ritterbusch (Hg.), Politische Wissenschaft, 1940, S. 11–26.

Reichsgewalt und Reichsführung im Kriege, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 101 (1940/41), S. 530-579.

„Positionen und Begriffe“. Eine Auseinandersetzung mit Carl Schmitt, in: ebd., S. 1-44.

Die verfassungsrechtliche Stellung des Beamtentums, in: Festschrift der Leipziger Juristenfakultät für Dr. Heinrich Siber zum 10. April 1940, Bd. 1, 1941, S. 275-326.

Reich, Volk und Staat in der Reichsrechtswissenschaft des 17. und 18. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 102 (1942), S. 593-627.

Lessing, Klopstock, Möser und die Wendung vom aufgeklärten zum historisch-individuellen Volksbegriff, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 104 (1944), S. 121-159.

Das persönliche Regiment Wilhelms II., in: Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 3 (1951), S. 134-148.

Bundesexekution und Bundesintervention. Ein Beitrag zur Frage des Verfassungsschutzes im Deutschen Bund, in: Archiv des öffentlichen Rechts 79 (1953/54), S. 1-57.

Carl Schmitt in der Reichskrise der Weimarer Endzeit, in: Helmut Quaritsch (Hg.), Complexio Oppositorum. Über Carl Schmitt. Vorträge und Diskussionsbeiträge des 28. Sonderseminars 1986 der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 1988, S. 33-50.

### **Herausgeberschaften:**

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bde. 94-104, 1934-1944. (Mithg.)

Idee und Ordnung des Reiches. Gemeinschaftsarbeit deutscher Staatsrechtslehrer, 2 Bde., 1941/43.

Quellen zum Staatsrecht der Neuzeit, 2 Bde., 1949/51.

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte seit 1789, 3 Bde., 1961-1966, 3. Aufl. in 5 Bdn., 1978-1997.

Ernst Rudolf Huber/Wolfgang Huber, Staat und Kirche im 19. u. 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, 5 Bde., 1973-1995.

### **Literatur**

## **Monografien und Sammelbände:**

Ralf Walkenhaus, Konservatives Staatsdenken. Eine wissenssoziologische Studie zu Ernst Rudolf Huber, 1997.

Marie-Theres Norpoth, Norm und Wirklichkeit. Staat und Verfassung im Werk Ernst Rudolf Hubers, 1998.

Martin Jürgens, Staat und Reich bei Ernst Rudolf Huber. Sein Leben und Werk bis 1945 aus rechtsgeschichtlicher Sicht, 2005.

Ewald Grothe (Hg.), Carl Schmitt - Ernst Rudolf Huber, Briefwechsel 1926–1981, 2014. (W, P)

Ewald Grothe (Hg.), Ernst Rudolf Huber. Staat, Verfassung, Geschichte, 2015.

## **Aufsätze:**

Matthias Maetschke, Ernst Rudolf Huber. Im Schatten Carl Schmitts. Ernst Rudolf Hubers Bonner Jahre 1924–1933, in: Matthias Schmoeckel (Hg.), Die Juristen der Universität Bonn im Dritten Reich, 2004, S. 368–386.

Ewald Grothe, Über den Umgang mit Zeitenwenden. Der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber und seine Auseinandersetzung mit Geschichte und Gegenwart 1933 und 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 216–235.

Ewald Grothe, „Strengste Zurückhaltung und unbedingter Takt“. Der Verfassungshistoriker Ernst Rudolf Huber und die NS-Vergangenheit, in: Eva Schumann (Hg.), Kontinuitäten und Zäsuren, 2008, S. 327–348.

Hans-Christof Kraus, Eine Monarchie unter dem Grundgesetz? Hans-Joachim Schoeps, Ernst Rudolf Huber und die Frage einer monarchischen Restauration in der frühen Bundesrepublik, in: ders./Heinrich Amadeus Wolf (Hg.), Souveränitätsprobleme der Neuzeit. Freundesgabe für Helmut Quaritsch anlässlich seines 80. Geburtstages, 2010, S. 43–69.

Ulf Morgenstern, Die riskante „Rückkehr in das gesegnete rheinische Land“. Über Ernst Rudolf Hubers sächsische und elsässische Jahre und deren Darstellung in seinen „Straßburger Erinnerungen“, in: ders./Ronald Lambrecht (Hg.), „Kräftig vorangetriebene Detailforschungen“, 2012, S. 243–273.

Ewald Grothe/Reinhard Mehring, Das Problem des „geheimen Gesetzes“ und der Grenze des „Führernotrechts“. Erstveröffentlichung von Ernst Rudolf Hubers Vortrag „Gesetz und Maßnahme“ aus dem Wintersemester 1944/45, in: Der Staat 55 (2016), S. 69–96.

Ewald Grothe, „Das mißliche Geschäft der Selbstbespiegelung“. Ernst Rudolf Huber (1903–1990) und die deutsche Jugendbewegung, in: Eckart Conze/Susanne Rappe-Weber (Hg.), Die deutsche Jugendbewegung, 2018, S. 199–213.



Ewald Grothe/Ulf Morgenstern, Volksbewusstsein im Schatten Stalingrads. Ein Kommentar, in: Zeitschrift für Ideengeschichte 15 (2021), S. 14-20.

### **Festschrift:**

Ernst Forsthoff (Hg.), Festschrift für Ernst Rudolf Huber. Zum 70. Geburtstag am 8. Juni 1973, 1973. (W, P)

### **Lexikonartikel:**

Florian Herrmann, Art. „Huber, Ernst Rudolf“, in: Michael Stolleis (Hg.), Juristen. Ein biographisches Lexikon, 1995, S. 297 f., <sup>2</sup>2001, S. 307 f.

Pauly, Walter, Art. „Ernst Rudolf Huber (1903–1990)“, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte, 2. Aufl. hg. v. Albrecht Cordes/Heiner Lück/Dieter Werkmüller/Christa Bertelsmeier-Kierst, 13. Lieferung 2001, Sp. 1138 f.

Ewald Grothe, Art. „Ernst Rudolf Huber“, in: Baden-Württembergische Biographien, Bd. 6, hg. v. Fred L. Sepaintner, 2016, S. 192–195.

Christoph Gusy, Artikel „Ernst Rudolf Huber (1903–1990)“, in: Peter Häberle/Michael Kilian/Heinrich Wolff (Hg.), Staatsrechtslehrer des 20. Jahrhunderts, 2015, S. 641–653, <sup>2</sup>2018, S. 763–775. (W, L, P)

### **Onlineressourcen**

Ewald Grothe, Ernst Rudolf Huber, in: Portal Rheinische Geschichte.

Ernst Rudolf Huber, in: Kieler Gelehrtenverzeichnis.

Vernetzte Angebote der Deutschen Biographie.

### **Porträts**

Fotografien, Privatarchiv Dr. Gerhard Huber, Freiburg im Breisgau.

### **Autor**

→Ewald Grothe (Wuppertal)

### **Empfohlene Zitierweise**

Grothe, Ewald, „Huber, Ernst Rudolf“ in: NDB-online, veröffentlicht am 01.10.2024, URL: <https://www.deutsche-biographie.de/118707450.html#dbocontent>

Lizenziert unter CC-BY-NC-ND (<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>)

---

30. September 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

---